Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 19 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1589, 1598. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Amt Zentrum 1909, 8946, 8894.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 390. Donnerstag, 14. August 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Das neue ungarische Kabinett.

In der Berliner Morgenpresse wurden Mitteilungen über die Bildung des ungarischen Kabinetts verbreitet, nach welchen Lovaszy als Ministerpräsident, Graf Julius Andrassy als Außenminister u. a. genannt wurden. Uns liegt jetzt eine Meldung unseres Budapester Pr.-Sonderberichterstatters vor, die allem Anschein nach Anspruch auf größere Wahrscheinlichkeit erheben darf. Die Meldung lautet:

Budapest, 13. August.

Das heute gebildete Kabinett stellt sich als ein äußerst konservatives dar; die Sozialdemokratie haben ihre Teilnahme an der Kabinettsbildung gänzlich abgelehnt.

Ministerpräsident: Friedrich,
Aeußeres: Martin Lovaszy,
Kultus: Karl Huszar (Christl. Soz.),
Ackerbau: Rubinek, Großagrarier,
Handel: Franz Heinrich,
Finanzen: Lorand Hegedüs,
Inneres: Baron Perony (Staatssekretär unter Tisza),
Volkswohlfahrt: Stefan Haller.

Die Nationalversammlung soll in 6 Wochen zusammentreten.

Festnahme von Bolschewisten.

Eigene Drahtmeldung.

P. Budapest, 13. August.

Die neu errichtete Budapester Polizei arbeitet eifrig daran, die Bolschewisten, die sich in der Hauptstadt und auf dem flachen Lande herumtreiben, unschädlich zu machen. Sie erhielt vom rumänischen Oberkommando eine entsprechende rumänische Assistenz zugeteilt. Bisher beträgt die Zahl der in Budapest verhafteten Bolschewisten 7000, unter ihnen befindet sich auch der Präsident Alexander Garbay und der gewesene Kommandant der roten Wache Franz Janesik, dem es nach seiner ersten Verhaftung gelungen war, zu entkommen. Er wurde gestern nacht in Neu-Pest aufgefunden, wo er sich in einem Schweinestall verborgen hatte. Weiter befinden sich unter den Verhafteten der Chef der politischen Polizei und Leiter der Terrortruppen im Parlament Dr. Covron, außerdem viele Frauen und Mädchen, die eine rege agitatorische Tätigkeit entfaltet hatten. Die Zahl der Verhafteten ist so groß, und jede Stunde treffen Transporte mit neuen Verhafteten ein, daß die Behörden nur in schleppendem Tempo vorgehen können und die bei der Polizei befindlichen Personen tagelang auf ein Verhör warten müssen. Der Polizei hat sich eine große Zahl ungarischer Artistokraten und anderer Personen, die auf Befehl Bela Khuns verhaftet gewesen waren, als freiwillige Detektive zur Verfügung gestellt.

Bettelheim in Wien verhaftet.

Wien, 13. August. Der ungarische Kommunist Dr. Ernst Bettelheim, der für die Rolle des kommunistischen Parteidiktators in Wien ausersehen war, wurde heute in einem Wiener Sanatorium, wo er unter falschem Namen mit Benutzung falscher Ausweispapiere Unterkunft gefunden hatte, von Polizeiorganen festgenommen. Zugleich erfolgte dort auch die Festnahme der Russin Anna Axelrod, Gattin des russischen Kommunisten Axelrod, der in München zur Zeit der Räterregierung hervorgetreten war. Anna Axelrod hatte sich in letzter Zeit gleichfalls unter falschem Namen in der Umgebung Wiens aufgehalten. Sie versuchte bei der Festnahme, die Polizeiorgane durch Vorweisung eines auf falschen Namen lautenden Reisepasses irrzuführen, gab jedoch schließlich beim Amte ihren wahren Namen an. Bei Bettelheim wurden mehr als 160 000 Kronen vorgefunden.

Böhmen gegen bolschewistischen Zuzug.

Prag, 13. August. Das Tschecho-slowakische Preßbureau meldet:

Der gewesene ungarische Volkskommissar Kunfi, der nach Bekleckung der Grenzwache bei Preßburg mit falschem Paß die Grenze überschritt und bei Bekannten in Prag unter falschem Namen Wohnung nahm, wurde verhaftet. Das Strafverfahren ist gegen ihn wegen Gebrauchs eines falschen Passes und wegen Bestechung einer Amtsperson eingeleitet worden. Alle gewesenen Teilnehmer der Räteregierung werden gewarnt, sich auf das Gebiet der tschecho-slowakischen Republik zu begeben, weil sie sofort verhaftet werden, da ihnen aus politischen Gründen kein Aufenthalt gewährt wird.

Erzherzog Joseph Uebereinstimmung mit dem Verband.

Bern, 13. August. „Humanite" betont, daß kein einziges bürgerliches Blatt in Frankreich die „Havas"-Meldung veröffentlicht hat, der zufolge der Staatsstreich des Erzherzogs Joseph in völliger Uebereinstimmung mit der Entente-kommission in Budapest stattgefunden hat. Dies Verschweigen beleuchtet genügend die Taktik der bürgerlichen Presse, die befürchte, daß das Publikum eine so unerhörte Nachricht nicht mit Ruhe hinnehmen würde.

*

A. **Zürich**, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Ein neuer redaktioneller Artikel des „Corriere della Sera" über die ungarischen Vorgänge bestätigt, wie tief der Eindruck auf die öffentliche Meinung Italiens ist. Das Blatt erklärt, nicht an den Ernst zu glauben, die an einen republikanisch gesinnten Prinzen glauben. Erzherzog Joseph werde wahrscheinlich die Absicht haben, die Geschicke Ungarns wieder aufzurichten und Stück für Stück den kaiserlichen Mantel, der bei Vittorio Veneto zerissen wurde, wieder zusammennähen, und es wäre für den Verband und Italien besser gewesen, wenn der ungarische Staatsstreich unterblieben wäre. In keinem Fall sei jedoch eine definitive Behandlung der Habsburger und Hohenzollern gerechtfertigt. Ein neues Oesterreich-Ungarn werde sein Gleichgewicht in einer Ausdehnung nach der Adria und dem Balkan und durch Aufreizung des germanischen Bergewaltigungstriebs suchen. Italien könnte sich schwer mit der Rückkehr der Habsburger abfinden, wenn die Völker dies wünschten. Aber an einen Volksbund kann der „Corriere della Sera" nicht glauben. Erst habe man sich in Paris den Anschein gegeben, als ob man über den ungarischen Staatsstreich überrascht sei. Aber bis heute sei nicht dementiert worden, daß Erzherzog Joseph der seinem Aufruhrchen in Budapest eben einen ganzen Tag mit Verbandsvertretern in Paris konferiert habe. Italien könne diese Handlungsweise der Alliierten nicht gutlassen.

Der grosse Streik in Schlesien.

85 bis 90 Prozent Streikende.

Drahtmeldung.

Kattowitz, 14. August.

Der Streik im oberschlesischen Kohlenrevier greift weiter um sich. Es sind neu hinzugetreten: Hohenzollern, Preußenfa, Mysłowitz, Ludwigsglück, Attwehr, Georg, Oheim, Hanny. Die Nichterschichte, die gestern arbeiteten, sind heute wieder in den Streik getreten. Der oberschlesische Kohlenarbeiterstreik umfaßt somit fast das gesamte Kohlenrevier mit Ausnahme des Hultschiner und Rybniker Reviers. Man kann die Quote der Streikenden auf 85 bis 90 Prozent bemessen.

Die Ueberreichung der österreichischen Note verschoben.

Wien, 13. August. (Wiener Tel.-Kor.-Bureau.) **Nach Meldungen aus St. Germain dürfte in der Ueberreichung der Ententenote auf die Österreichischen Gegenvorschläge eine ungefähr einwöchige Verzögerung eintreten.**

Der Vorsitz im Völkerbund.

Wie die „B. P. N." erfahren, hat der Generalsekretär des Völkerbundes Drummond mitgeteilt, daß der Vorsitz im Völkerbunde abwechselnd durch die Schweiz und Holland ausgeübt werden soll.

Eine amerikanische Division nach der Türkei?

A. **Zürich, 14. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Chicago Tribune" zufolge wird in amerikanischen Kontrollkreisen versichert, daß eine amerikanische Division auf dem Wege nach der Türkei sei, um die dort stehenden Ordnungstruppen zu verstärken.**

Internationalisierung von Dedeagatsch.

S. **Haag**, 14. August. (Eigene Drahtmeldung.) Es scheint, daß der Oberste Rat dem Drängen Amerikas nachgeben wird und Bulgarien noch ein wirtschaftlicher Ausweg nach dem Aegäischen Meer gegeben wird, und zwar denkt man daran, den Hafen von Dedeagatsch zu internationalisieren.

Besprechungen über die Ablieferung der Fischereifahrzeuge.

Versailles, 13. August. Heute fand zwischen den deutschen Regierungsvertretern und Fischereisachverständigen und den Ententevertretern **eine Besprechung über die Ablieferung der Fischereifahrzeuge** statt. Deutscherseits wurde das Angebot gemacht, ein Viertel der nach dem Friedensvertrage abzuliefernden Fahrzeuge innerhalb der vorgeschriebenen 60 Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrages zu übergeben und drei Viertel der abzuliefernden Fahrzeuge **nach dem Wunschen der Entente auf deutschen Werften neu zu bauen.** Dieser Vorschlag hat für Deutschland den Vorteil, daß **unsere Fischerei keine Unterbrechung zu erleiden braucht,** und bietet der Entente den Vorteil, anstatt älterer, für sie unbrauchbarer Fahrzeuge moderne, nach eigenen Angaben gebaute zu erhalten. Der Vertreter Frankreichs fragte, ob Deutschland damit einverstanden wäre, daß die neu zu bauenden Schiffe insgesamt **als Dampfer** gebaut werden könnten. Der deutsche Vorsitzende sagte dies zu. Die Vertreter der Ententeregierungen erwarten sachgemäße Uebergabe der deutschen Vorschläge.

Die reichseigene Steuerverwaltung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

G. **Weimar**, 14. August.

Im Zehnerausschuß der Nationalversammlung wurde heute der entscheidende § 8 der Reichsabgabeordnung, der bestimmt, daß die Steuer durch das Reich zu verwalten sind, angenommen. Widerspruch erhoben im großen und ganzen nur die beiden Fraktionen der Rechten. Von sozialdemokratischer und Zentrumsseite war sehr energisch für die die Regierungsvorlage eingetreten worden, insbesondere wurde von einem sozialdemokratischen Redner betont, daß die Reichseinkommensteuer und die reichseigene Steuerverwaltung einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur inneren Reichseinheit bedeute. Für die demokratische Fraktion betonte Abgeordneter Dr. Dernburg, daß er auf jeden Fall für die reichseigene Steuerverwaltung eintreten gewillt sei. Er selbst habe während seiner Tätigkeit als Reichsfinanzminister deutlich erkannt, daß ein anderer Weg zur Reichseinkommensteuer und reichseigenen Steuer gar nicht mehr übrig bleibt.

Ein Gesetz über die Ausführung des Friedensvertrages.

Die heutige Kabinettssitzung wird sich mit dem Entwurf des Gesetzes zur Ausführung von Bestimmungen des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten befassen. Das Gesetz gliedert sich in folgende Abschnitte: Regelung von Gebietsverbindlichkeiten, Anforderung von Leistungen, gewerbliche Schutzrechte, Verhältnisse der Hypothekenbanken, Ausgabe von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen durch das Reich, Zwangs- und Strafmaßnahmen, elsaß-lothringische Angelegenheiten, Aufhebung von Kriegsmaßnahmen, Ermächtigung zu weiteren Ausführungsbestimmungen.

Die Kandidaten für die Regierung des Saargebiets.

Wie die „B. P. N." erfahren, werden als Vertreter der Saarbevölkerung für den Fünferrat, der die Regierung des neuen Saarstaates darstellt, folgende Persönlichkeiten genannt:

1. Hofer, Besitzer der „Saarbrücker Zeitung". Diese Kandidatur wird von der gesamten öffentlichen Meinung abgelehnt.
2. Justizrath Muth. Diese Kandidatur wird vom Zentrum besonders jähe verteidigt.
3. August Klein, der augenblicklich kommissarische Bürgermeister in Saarbrücken. Die Arbeiterschaft und der Mittelstand sind gegen ihn.
4. G. von Boch, Mitinhaber der berühmten Mettlacher Firma Villeroy und Boch. Dieser soll abgelehnt und auf den Großindustriellen Max von Vopelius verwiesen haben.
5. Kommerzienrat Hermann Röchling, dem Vertrauensleute mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Saargebiets und staatsmännischer Geist nachgerühmt wird.

Aufhebung der Außenhandelsstellen beantragt.

K. **Weimar**, 14. August. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Abgeordneter Dr. Hugo (Dtsch. Volkspartei) hat an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob die Regierung bereit sei, die bestehenden Außenhandelsstellen aufzuheben und bis wann diese Aufhebung zu erwarten sei. In der Anfrage wird die Auffassung vertreten, daß die vorläufige kaufmännische Erledigung des Ein- und Ausfuhrgeschäfts durch den weiteren Bestand der Außenhandelsstellen eine unerträgliche Erschwerung erfahre, und daß die Regierung die Erklärung erlassen habe, daß die Einfuhr der für den deutschen Markt zulassenden Rohstoffe und Waren erhebliche Erleichterungen erfahren solle

Ueberreichung der rumänischen Antwort.

Drahtmeldung.

Versailles, 13. August.

Der Oberste Rat der Alliierten ist heute nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten und wird sich heute bis zum kommenden Montag vertagen. Dem Rat wurde am Nachmittag durch die Mitglieder der rumänischen Friedensdelegation Mischu und Vaida die Antwort der rumänischen Regierung auf die Noten der Friedenskonferenz über Ungarn vorgelegt.

„Temps" hebt hervor, daß sich auch die Tschecho-Slowaken und Südslawen über die Wiedereinsetzung der Habsburger in Budapest beunruhigt zeigten. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Tschecho-Slowaken schon heute ihre Ansicht zu erkennen geben würden. „Temps" sieht auch voraus, daß Serben, Kroaten und Slowenen ebenfalls protestieren werden. Die Rumänen teilten diesen Standpunkt. Ihr Vertreter Diamandi sei bereits in Budapest angekommen und habe Fühlung mit den alliierten Militärmissionen genommen. Inzwischen hat der rumänische Gesandte in Paris Antonescu einem Vertreter des „Temps" gegenüber eine beruhigende Erklärung abgegeben. Erzherzog Joseph sei nicht von der rumänischen Regierung unterstützt worden. Sie habe keinerlei Veranlassung, besondere Sympathien weder für den Erzherzog noch für das reaktionäre System, das er vertrete, zu hegen. Seine Regierung wolle vor allen Dingen in Budapest seine Regierung unterstützen, die dem Verbande nicht genehm sei. Der Gesandte verteidigte die vorgenommenen Requisitionen, die nicht die Höhe derjenigen erreichten, die die Ungarn in der Walachei und Dobrudscha während des Krieges vorgenommen hätten, jedoch wollten die Vertreter Rumäniens in Budapest sich über diese Frage mit den Delegierten des Verbandes einigen. Antonescu drückte seine Befriedigung darüber aus, daß es dank dem rumänischen Eingreifen gelungen sei, im Herzen Europas einen Herd bolschewistischer Propaganda zu beseitigen. Jetzt müßten die alliierten und assoziierten Regierungen in der Zusammenarbeit mit Rumänien die Möglichkeit finden, eine Regierung einzusetzen, die in der Lage sei, einen endgültigen Frieden zu schließen.

Im Anschluß an diese Erklärung beschäftigt sich „Temps" in einem Leitartikel nochmals mit den ungarischen Angelegenheiten. Er glaubt, daß der Oberste Rat der Alliierten sich ingewissen mit der tschecho-slowakischen und der südslawischen Regierung habe verständigen können und daß es ihm möglich sein werde, Maßnahmen zu treffen, die es gestatten, in Ungarn die Früchte des errungenen Sieges zu ernten. Schließlich nimmt „Temps" nochmals Stellung gegen Erzherzog Josephs und sagt, wenn der Erzherzog Herr der Lage bleibe, stelle man in Budapest und vielleicht auch anderwärts das Regime wieder her, das den europäischen Krieg heraufbeschworen habe. Diese Wiederherstellung ziehe andere nach sich und so könnte vielleicht eines Tages Mitteleuropa Glied für Glied aus dem Grabe entweisen und an der Spitze dieses Mitteleuropa würde natürlich Berlin stehen.

Die unfruchtbare Anklagesucht der Sieger.

V. **Kopenhagen**, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) „Berlingske Tidende" bespricht den Barthouschen Bericht im Friedensausschuß der französischen Kammer folgendermaßen:

Barthou hat alles zusammenstellt, was zur Begründung des Artikels 231 des Versailler Friedensvertrages dienen kann, aber er hat keinen neuen Beitrag zur Erörterung der Schuldfrage gegeben. Die Aufgabe, den Schuldigen zu finden, ist unlösbar. Dazu wäre ein Einblick in die Seele der leitenden Männer und in ihre Gedanken erforderlich, den sie nicht einmal selbst haben. Wenn man in England und Frankreich der preußischen Militärmacht die ganze Schuld für den Weltkrieg gibt, während man in Deutschland König Eduard und Sir Grey als die größten Verbrecher der Weltgeschichte hinstellt, muß der unparteiische Beobachter finden, daß beide Parteien weit über's Ziel hinausschießen. Die Sieger im Weltkrieg sollten endlich einmal ihre Aufstellung des Weltkrieges als eines Kriminalthemas fallen lassen und die unfruchtbare Erörterung der Schuldfrage aufgeben, welche die Geschichtschreiber zu beschäftigen haben wird.

Die Verbindungen des Verbands mit Rußland.

Nicht nur in englischen, sondern auch in neutralen, insbesondere polnischen und finnischen Blättern taucht immer wieder die Behauptung auf, Deutschland unterstütze Sowjetrußland militärisch durch Lieferung von Kriegsmaterial und Entsendung von Mannschaften, ja, von ganzen Regimentern. Wer die englische Quelle dieser Nachrichten kennt und weiß, daß England auch im Frieden einen dauernden Krieg mittels seines Nachrichtendienstes für Englands Interessen in der Welt geführt hat, dem leuchtet die Unwahrheit dieser Meldungen sofort ein. Selbst diejenigen, die sich immer noch nicht daran gewöhnen können, die Aeußerungen leitender Staatsmänner als aufrichtig und wahr hinzunehmen und sich deshalb nicht mit den amtlichen deutschen Erklärungen, daß zwischen der Regierung der Deutschen Reiches und der Regierung der russischen Räterepublik keine Beziehungen bestehen, zufrieden geben können, müssen sich doch sagen, daß es für Deutschland, das mit so bitterem Ernst den Bolschewismus innerhalb seiner eigenen Grenze bekämpft, hinnlos wäre, ihm jenseits der Grenze die Hand zu reichen und ihn so zu sich hinüberzuziehen. Nein, so sehr auch das deutsche Volk eine baldige Wiederaufnahme friedlicher wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu dem russischen Volke wünscht, es wird sich hüten, in dem leidenden Zustand, in dem es sich heute befindet, sich noch der Gefahr einer russisch-bolschewistischen Ansteckung auszusetzen. Wie ein solcher Unsinn im Auslande verbreitet werden kann, ist nur aus der Entstehungsgeschichte erklärlich. Er entspringt dem schlechten Gewissen der Entente, die ihr doppeltes Spiel mit den beiden in Rußland kämpfenden Parteien dadurch verschleiern möchte, daß sie die Aufmerksamkeit des Auslandes auf Deutschland ablenkt.

Aber wir wissen es aus englischen sowohl wie aus russischen Quellen, daß die Entente nicht nur mit Kolischak und Denikin sondern auch mit Lenin in amtliche Verbindung getreten ist. Der Versuch, die Sowjetregierung nach den Wünschen Englands zu Verhandlungen mit der Entente zu bringen, ist ja allgemein bekannt. Mr. Bullits Sendung nach Moskau, um mit Lenin über den Friedensschluß zu verhandeln, ist von Lenin öffentlich bekannt gegeben worden. Auch die Moskauer Verhandlungen über die Gewährung einer Konzession an Amerikaner zum Bau der 3000 km langen „Nordbahn" können nicht bestritten werden, sind auch erst kürzlich wieder in einer dem russischen Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" gewährten Unterredung von dem Volkskommissar Kamenew offen bekannt worden. Wir wissen auch, daß englische Truppen zwar gegen russische Sowjettruppen im Felde stehen, daß aber andererseits zur Besetzung des Murmangebiets von den Engländern auch die russischen Bolschewisten, die bei der Niederwerfung des finnischen Roten Aufstandes entflohen, verwendet werden. Wer aber trotz aller dieser Tatsachen noch nicht die Herkunft und den Zweck jener auslänbischen Zeitungsmeldungen, die der deutschen Regierung Beziehungen zur russischen Sowjetregierung nachsagen, versteht, der lese die „Times" und er wird in ihr die Quell finden, aus denen jene trüben Wässer fließen, mit denen immer noch und immer wieder der deutsche Ruf im Auslande beschmutzt werden soll. Wann wird endlich auch Friedensstimmung im Feldlager des englischen Pressedienstes einkehren?

Spaniens neue Politik.

Seit Mitte Juli leitet in Spanien das Kabinett Sanchez Toca. Es ist ein ausgesprochenes Geschäftsministerium, geblieben um das Budget festzusetzen, das nach allgemeiner Ansicht von kaum absehbarer Lebensdauer sein dürfte. Nach dem Vertrauen Frieden konnte ein Kabinett unter der Führung Maurus kaum länger als geeignet für die Schaffung guter Beziehungen zur Entente gelten; aber der Anhang dieses größten lebenden spanischen Staatsmannes, der sein Land durch alle Klippen der Neutralität sicher hindurchgesteuert hat, war noch immer zu stark, um seinen Gegner Romanones aus Ruder gelangen zu lassen, und da Dato, der schon einmal in einem ähnlichen Dilemma zwischen den beiden eingesprungen war, diesmal nicht in Frage kam, so einigten sich die Parteien auf seinen Anhänger Toca.

Ueber das außenpolitische Programm des neuen Kabinetts waren Einzelheiten — infolge der immer noch schwierigen Verbindung mit Deutschland — bisher noch nicht zu uns gedrungen. Jetzt liegen zwar fast gleichzeitige Kundgebungen des Ministerpräsidenten vor, die inhaltlich einigermaßen übereinstimmen: eine Erklärung im Senat und ein Interview mit dem Madrider Vertreter der „Times". Besonders im letzteren werden die Absichten des Ministers ziemlich deutlich, und der Korrespondent tut ein übriges, ihm dem englisch sprechenden Publikum als den Mann hinzustellen, der endlich mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirren im Lande aufräumen wird.

„So wenig wie möglich Programm und so viel wie möglich Arbeit!", faßt Herr Toca seine Pläne zusammen, und wenn damit der Versuch einer Ausschaltung der herkömmlichen Parteipolitik gemacht werden soll, so wird man sich für Spanien etwas völlig Neues sein. Der Minister spricht offen aus, daß der enge Anschluß an die Westmächte, den er im Auge habe, für ihn nur die Fortführung der 1902 begonnenen Politik bedeute, — eine nicht zu überschätzende Tatsache in der für Spanien so wichtigen mohammedanischen Angelegenheit! Sehr interessant ist ihm in diesem Zusammenhang eine Bemerkung Tocas über die alte Rivalität des spanischen Ceuta mit dem bisher internationalen, jetzt französischen Tanger, und zwar in der Frage, welche der beiden Städte Kopfstation der tunisigen transsaharischen Bahn werden soll. Der Minister ist natürlich für Ceuta; es dieser Appell freilich bei den die Bahn finanzierenden Entente-Kapitalisten Wirkung haben wird, bleibt abzuwarten. Vom Völkerbund, dem nach soeben gefaßten Beschluß der Cortes das Land beitreten soll, erhofft Herr Toca von diesem ein Gegengewicht gegen den Spanisimus durch die bisherigen Kabinetten gegenüber zu Rechtfertigen gemacht hat; er erklärt sich bereit, mit anderen Regierungen in der Beurteilung bolschewistischer Regungen zusammenzuarbeiten, die, wie er meint, die westliche Zivilisation ernstlich bedrohen. Mit besonderem Verzeihen, so meint der „Times"-Vertreter, werde man in den Entente-Ländern die Bemerkung zur Kenntnis nehmen, mit der der Minister ihn verabschiedete; er drückte sein Bedauern aus darüber, daß seine Vorgänger in der Frage der